

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Friz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

### Der Kern des Rationalisierungsproblems

Bekanntlich heißt gegenwärtig das Problem der deutschen Industrie: Rationalisierung. Sie besteht darin, durch immer vorteilhaftere Verfahren und immer bessere Arbeitsmittel immer mehr Menschen überflüssig zu machen. Da nun die Anwendung besserer Maschinen und besserer Arbeitsweisen, namentlich im Anfang, wenn sie noch neu sind, eine kostspielige Sache zu sein pflegt, so liegt schon hierin ein Übergewicht der Großen über die Kleinen. Außerdem liegt auf der Hand, daß sich die Vorteile der Rationalisierung, nämlich die Verbilligung der Erzeugung, überhaupt nur für einen Betrieb auswirken, der eine gewisse, nicht zu geringe Mindestgröße hat, und daß sie (die Vorteile nämlich) bei wachsender Betriebsgröße immer größer werden. Hier steht der Antrieb zum Ausdehnungsdrang der einzelnen Betriebe und zum Zusammenschluß, also zu der Schnelligkeit, die die Gründung von Konzernen und Trusts gegenwärtig angenommen hat. Es sind also nicht nur die Proletarier, die durch eine solche Entwicklung bedroht werden, sondern außer ihnen auch der Mittelstand. Ja, dieser hat fast noch mehr davon zu befürchten als die Proletarier, weil er nicht zu verlieren hat. Dem Proletariat droht wachsende Arbeitslosigkeit; der Mittelstand verliert nicht nur das tägliche Brot, sondern überdies auch noch seine selbständige wirtschaftliche Stellung, die der Proletarier nicht verlieren kann, weil er sie schon längst nicht mehr besitzt.

Gerade darin aber liegt der Grund, warum das Proletariat der Trustbildung ganz anders gegenübersteht als der Mittelstand. Der letztere bewirkt sie schließlich, möchte sie am liebsten durch Gesetze verbieten. Und es ist sehr leicht, zu sehen, wie in anderen Ländern fortwährend mit denselben Schwierigkeiten gerungen wird. In Amerika hat eben ein gewisser Ward einen riesigen *Hardware-Konzern* zustande gebracht. Wenn es richtig ist, was die Zeitungen melden, dann soll durch Zusammenschluß von drei Gesellschaften ein Gebilde mit nicht weniger als 2 Milliarden Dollar Kapital entstanden sein. Das wären 8400 Millionen Mark, während die ob ihrer Größe herzustellenden neuen *Trusts* in Deutschland (Farben und Stahl) nur 650 bis 800 Millionen Mark Kapital haben. Die drei Gesellschaften sollen 1925 — also vor ihrer Vereinigung — ungefähr 17 Millionen Zentner Brot und 1 Million Zentner Feingebäck gebacken haben. Das wäre der Gesamtbedarf an Brot für etwa 5 Millionen Menschen. Da man die Bevölkerung der Vereinigten Staaten heute auf annähernd 120 Millionen veranschlagen muß, und da der neue Trust auch in einigen Gegenden Kanadas arbeitet, so ist das noch gar nicht übermäßig viel, nur etwa 4 vH dessen, was überhaupt im Lande an Brot gebraucht wird. Trotzdem ist der Mittelstand, die kleinen selbständigen Bäder in Amerika, tief beunruhigt. Kein Mensch zweifelt daran, daß allein durch den Zusammenschluß sich das Tätigkeitsfeld des Trusts stark erweitern wird, so daß ihm in Kürze vielleicht 10 vH der Brotversorgung des Landes zufallen mögen, was den Untergang einer entsprechenden Zahl von Bädermeistern bedeutet. Im ganzen Lande begann deshalb ein reger Feldzug gegen das neue Unternehmen. Dies veranlaßte dessen Urheber, in ihre Gründungsgeschichten die Bestimmungen hineinzuschreiben, daß zunächst nicht mehr als 7 vH Dividende verteilt werden sollen. Übersteigt der Gewinn diesen Betrag, dann soll er „vor Ausschüttung einer Dividende dazu benutzt werden, um die Wohlfahrt des amerikanischen Kindes zu fördern und es geistig und körperlich für sein künftiges Staatsbürgerleben zu erziehen“. Zudem sollen die amerikanischen Bädermeister nicht minder smarte Geschäftsleute als Herr Ward und seine Kumpane. Auf den Bluff dieser freigebigen Gesetze sind sie nicht hereingefallen, sie sagten sich: was nützt unseren Kindern die „Erziehung“, nachdem man uns, und damit auch unseren Kindern, die Grundlage des wirtschaftlichen Daseins weggenommen hat? Sie ließen mit ihrem Feldzug nicht nach, es kam zu Reden und Gegenreden in den Parlamenten, und schließlich hat im Februar d. J. der Generalstaatsanwalt beim zuständigen Gericht in Baltimore die Klage auf *Null und Nichts* eingedrückt.

Entschieden ist der Prozeß noch nicht. Es ist indessen auch gleichgültig, wie er ausgeht; denn dafür hat man ja Beispiele genug aus den letzten Jahrzehnten. Das Shermangesetz, worauf sich vornehmlich die Klage stützt, stammt aus dem Jahre 1890 und sollte seinerzeit eine Handhabe zur Vernichtung des *Trusts* und des *Zolltrusts* bieten, die sich den Haß der gesamten amerikanischen Bevölkerung zugezogen hatten. Aber erst zwölf Jahre später wurden diese beiden Trusts verlagert (während man mit unglücklicher Geschwindigkeit, schon 1891, dasselbe Gesetz gegen — Arbeitergewerkschaften zur Unterdrückung von Streiks zu mißbrauchen verstand), und erst nach wolle 20 Jahren, 1910, wurden die beiden Trusts zur Auflösung verurteilt. Sie bestanden aber, wie jeder weiß, bis zum heutigen Tag lustig weiter. Es war ihnen nicht schwer, ihre innere Organisation den Anforderungen des Urteils entsprechend umzugestalten. Das wird Herr Ward sicherlich ebenfalls fertig bringen. Wo kommt auf das Urteil wenig an. Voraus es auskommt, ist vielmehr dies: Die Kläger behaupten, wenn man einen solchen Nahrungsmitteltrust duldet, so werde er allmählich das Monopol aller wichtigen Lebensbedürfnisse in seine Hände bringen, werde den heimischen Markt beherrschen, die Preise nach Willkür diktieren, kurz, er werde zuletzt die Produktion und Verteilung der Lebensmittel „vom Farmer bis zum Mittagstisch kontrollieren“. Dabei ist, wie man sieht, der Hauptgrund gar nicht mit angeführt, nämlich die Vernichtung zahlloser kleinerer Betriebe. Denn die Beherrschung der Verbraucher würde den kleineren Unternehmern wohl kaum so unerträglich erscheinen, wenn — sie selbst sie ausüben könnten. — Demgegenüber antwortet Herr Ward, sein Ziel sei einzig und allein die Verbilligung der

Lebenshaltungskosten durch neueste Produktions- und Verteilungsmethoden. „Sie wird zu einem vermehrten Verbrauch führen, der wiederum den Getreide- und Milchzeugern angemessene Preise sichern wird.“

Wer hat Recht? Offenbar alle beide. Und hierin liegt der Kern des Rationalisierungsproblems, nicht nur in Amerika, sondern auch bei uns in Deutschland. Keinem Zweifel kann es unterliegen, daß die Verbesserung der Produktions- und Verteilungsweisen ununterbrochen fortgesetzt werden muß, um die Herstellungskosten zu verringern und die Waren immer weiteren Teilen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Aber ebenso unzweifelhaft ist es, daß unter dem herrschenden Wirtschaftssystem die Vorteile der Rationalisierung ausschließlich den Kapitalisten anheimfallen. Sie beherrschen den Markt, sie bestimmen die Preise — ist es doch in Deutschland gerade jetzt eine dauernde Klage, daß die Kapitalisten zwar rationalisieren, also ihre Herstellungskosten vermindern, aber keineswegs ihre Verkaufspreise herabsetzen —; sie bestimmen, wer arbeiten und leben darf; sie werden auf diesem Wege zu Herren über Leben und Tod der übrigen Bevölkerung. Eine wirtschaftliche Diktatur bahnt sich an, die bis in die kleinsten Lebensvorgänge hineingreift und dadurch viel unerträglicher wird als irgend eine politische Diktatur.

Aber läßt sich dagegen ankämpfen durch eine Klage beim Gericht, das doch ebenfalls nach Gesetzen urteilt, die zu Recht und Frommen des Kapitals gegeben sind? Wer das glaubt, ist ein unverbesserlicher Kindskopf. Hier hilft nur ein willenssträtiger Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen: die Rationalisierung muß fortgesetzt werden, aber nicht den Kapitalisten darf sie überlassen bleiben, die sie zu ihrem Sondervorteil betreiben und anders gar nicht betreiben können, sondern die Gesamtheit, der Staat muß sie in die Hand nehmen, um ihre Nachteile zu vermeiden, ihre Vorteile allen zuzuwenden. Das ist der wichtigste Schritt auf der Bahn zum Sozialismus.

### Ein Teil von jener Kraft

Sichtlich seiner Arbeiterpolitik gilt das deutsche Unternehmertum als das kurzschichtigste, kleinlichste und schmierigste. An dieser Wertschätzung wird auch dadurch nichts gemildert, daß es unter den Fabrikanten Deutschlands eine Anzahl Männer gibt, die sozialpolitisch und sittlich über die Masse ihrer Standeskollegen hinausragen und deren Arbeiterpolitik nicht anders beurteilen wie wir. Den höchsten Ruf der deutschen Unternehmerrasse zu bestreiten, kann keiner wagen. Wenn aber doch, so würde ihm millionenfällig geantwortet werden: Schwarze Listen, Geldspende für Fememörder, Borzig-Erdmann, Altemozigler, sächsisches Volksoffer, Dinta usw.

Die Geschichte von den 5000 Emmen für die Fememörder aus der Kasse der Arbeitgebervereinigung ist noch in aller Erinnerung. Man weiß ebenfalls noch, daß die Unternehmervereinigung eine schwere Menge von braunen Lappen an den ehrenwerten Karl Erdmann spendete, um sozialistisch gefärbte Schriften herzustellen, sie unter die Arbeiterschaft zu schmuggeln, um diese zu beschwimmen. Eine gleich schmierige Geschichte deutet jetzt der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes in einer Schrift: „Die Volkshochschule der Unternehmer“ auf. Diese Schule befindet sich in Berlin-Treptow. Die Hintermänner dieser deutschen Vereinigung sind die gelben Wertvereine. Die Gelben stellen die Lehrer, der übrige Aufwand der Schule wird von den Nahrungsmittelherstellern der Gelben, von den Unternehmern bestritten. In dreiwöchentlichen Kursen werden hier jeweils 45 Betriebsräte geschult, die aus allen Teilen des Reiches von ihren Werkdirektoren geschickt werden. Die Schüler werden in einem auf zwei Jahre gemieteten, als Schulgebäude dienenden Hause der Moritz- und Johanna Simon-Stiftung untergebracht und verpflegt. Sie erhalten während der Kursdauer keinerlei Urlaub und müssen sich ständig in diesem Hause aufhalten. Jeder Gewerkschafter dürfte sich über die Geistigkeit einer solchen von den Unternehmern ausgehaltenen „Betriebsräterschule“ klar sein. Der Zweck dieser Schule besteht in der Heranzüchtung von geistigen Trägern der gelben Wertvereinsbewegung.

Eine weitere, weniger bekannte „Zentralstelle für Aufklärung“ besteht in Dresden. Von hier aus werden — ebenfalls unter falscher Flagge — Flugblätter und Schriften verbreitet. In der Regel werden diese von den Wertvereinigungen bezogen und kostenlos an die Arbeiterschaft verteilt. Zu den Geldspendern der Unternehmer für Fememörder, gelbe Schulen, Wertvereine, Schriften zur Verwirrung und Beschwimmung der Arbeiter kommen noch die hohen Summen an nationalistische Organisationen, Landsknechte und andere Feinde der Republik und der ehrlichen Arbeiterschaft. Man weiß noch, daß gelegentlich des Volksentscheids der Vorhänge der Arbeitgebervereinigung eine Kopfsteuer von 20 S je Arbeiter für die Fabrikanten ausföhrte, das heißt zur Sicherung des Raubes der Fürsten an deutschem Volksgut. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht irgendein Nationalist oder gleichartiger Ehrenmann sich vor Gericht wegen Raubens, Betrug u. dergl. zu verantworten hat und verurteilt wird. Man denke an das sächsische Volksoffer, an diesen namenlosen Betrug von armen Menschen, wo der Hauptbeträger ein geschätzter Betzenoffe einer Industriellenorganisation war. Die zahllosen Anschläge, Diebstähle und Morde, die gegen Republikaner, Arbeiter, Gewerkschaftsbewegung und Republik verübt wurden und werden, fallen auf das Konto derjenigen, die das Teufelswerk bewerkstelligen oder das Verbrechergewinn bejolden.

Man sollte meinen, daß es selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus ein Verbrechen, nein, noch schlimmer, eine schreckliche Dummheit sei, zu solchen schmierigen Mitteln zur Förderung der Unternehmerrasse zu greifen. Man sollte meinen, daß eine mit derartigen Mitteln betriebene Politik früher oder später sich gegen ihre Urheber richten muß. Man sollte meinen, daß mit Fememord, Arbeiterbeschwimmung, Altemozigler, Förderung dunkler Mächtschaft und dunkler Ehrenmänner weder der Kapitalismus gerettet, noch das kapitalistische Geschäft ertragreich gemacht werden kann. Man sollte meinen, daß heute an das Unternehmertum wie an seine Wirtschaftskolonie dermaßen hohe Anforderungen gestellt sind, daß sie nur auf ganz ehrliche Weise und mit hoher Vernunft und höchster sittlicher Kraft zu erfüllen sind — hintermalen Mord, Betrug, Überverteilung, Lohnquetscheri, Hinterlist, Schwindel doch immer ein verdammt windiges Geschäft gewesen ist und es immer mehr wird.

Das alles möchte man gegen das Unternehmertum und seine Politik einwenden. Dies ist indessen ganz zwecklos, weil das Unternehmertum, das uns vom Dringlichkeitsstaat überkommen, einfach nicht verstehen kann, daß mit den Schlingen und Pfiffen des Vormärzes nicht mehr weit zu kommen ist. Es lebt in dem Wahn weiter, die Arbeiterschaft, die die Profitgenossen im Kriege und in der Inflation beim Geschäftemachen gesehen, habe auf den Humbug der Wertvereine hineingefallen oder lasse sich durch nationalistiche Soubisurgen schrecken. Das eine, was die Industriellen mit ihren listigen Mächtschaften erreicht haben, ist eine erhebliche Stärkung des Hasses gegen die kapitalistische Ordnung und eine Vertiefung des Bewußtseins, daß diese Ordnung unter allen Umständen beseitigt werden muß. Jedenfalls ist es den Scharfmachern zuzuschreiben, daß heute bis weit in die christlichen Arbeiterkreise hinein die Überzeugung zu finden ist, daß es mit diesem Unternehmertum und seiner Gesellschaftsordnung keinen Frieden mehr geben kann. Der nämlichen Meinung hat übrigens auch Walter Rathenau schon vor Jahren Ausdruck gegeben, indem er (in seiner „Autonomen Wirtschaft“) schrieb:

„Wir haben mit der Tatsache von ungeheurer Realität zu rechnen, daß in Deutschland, wie in allen ähnlichen Ländern, in eben den bestagten Ländern der verpöbten Obrigkeit, der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kein Frieden mehr zu finden ist... Diese Tatsache ist, daß es zwischen Arbeitern und Unternehmern keinen Frieden mehr gibt, daß hieran unsere Produktionskraft zugrunde geht; die Folge davon ist, daß das Unternehmertum aufhören muß...“

In Deutschland ist tatsächlich ein Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht mehr möglich. Wer da will, mag das beklagen. Die Klage ist gleichbedeutend mit einer Auflage gegen die Unternehmerkreise, die das Geld spenden für die Dolche und das Gift gegen die Arbeiterschaft. Diesen Kreisen ist es zu verdanken, daß das Wort vom Wirtschaftsfrieden den arbeitenden Schichten wie eine Verhöhnung klingt. Und diese Kreise haben es fertig gebracht, daß bei allen Richtungen der Arbeiterklasse die Überzeugung gefestigt wurde, daß — um mit Rathenau zu reden — das Unternehmertum aufhören muß.

Es wird sich auf wirtschaftlichem Gebiete das nämliche vollziehen, was auf politischem Gebiete wie über Nacht geschah. Wie der Zerschmetterter Wilhelm II. und die monarchistische Clique durch ihre Wildheit gegen die Arbeiterschaft die einfach unerreichte erfolgreichsten Förderer der Republik waren, so werden die industriellen Scharfmacher die vorzüglichsten Förderer der neuen, der sozialistischen Wirtschaft sein. Seine Majestät schaffte sich durch seine himmlische Klugheit ab, die „gemalten Wirtschaftsführer“ werden sich durch ihre häßliche Dummheit abschaffen. So werden beide, doch wenigstens ein Verdienst haben, wofür ihnen selbst die Arbeiterschaft den Dank nicht verjagen dürfte.

### Rückgang und Umfichtung des Verbrauchs

Die völlige Zurückführung der Wirtschaft auf gewöhnliche Verhältnisse, verbunden mit der gesunkenen Kaufkraft der Arbeiterschaft, haben zu einem starken Rückgang und auffälliger Umfichtung des Verbrauchs geführt, und weder für den einen noch für die andere sind Zeichen des halbtigen Stillstandes vorhanden. Das augenfälligste Zeichen für die zusammengeschrumpfte Kaufkraft ist die überall feststellbare Abnahme des Luxuswarenverbrauchs, die auch durch die Befestigung der Luxussteuer nur für einen Teil der Bevölkerung behoben sein dürfte. Aus den Veröffentlichungen der Handelskammern ist über diese bedenkliche Sache nur wenig zu erfahren. Nur vereinzelt wird darüber berichtet. Dagegen beschäftigen sich die Verbände des Einzelhandels sehr ausführlich mit der Minderung des Verbrauchs der breiten Schichten. Im Jahresbericht des Bundes deutscher Waren- und Kaufhäuser für 1925 heißt es:

„In allgemeiner muß darauf hingewiesen werden, daß während des ganzen Jahres der bei weitem überwiegende Umsatz sich auf mittlere Preislagen erstreckte. Hochwertige Rohstoffe wurden ebensowenig gekauft wie Luxusartikel jeglicher Art, und diejenigen Abteilungen der Warenhäuser und ebenso die Spezialgeschäfte, die in der Hauptsache für Luxusartikel in Frage kommen, dürften auf ein recht unbefriedigendes Jahresergebnis zurückzuführen.“

Diese verringerte Kaufkraft kann nur in etwas gehoben werden durch eine Herabsetzung der Preise, da die sozialpolitische Frage außer Betracht bleiben soll. Der Absatz bei bestimmten Waren wird überhaupt nur noch auf diesem Wege gesteigert werden können. Es heißt in dem Jahresbericht der Detailhandelskammer zu Hamburg für 1925 über den Geschäftsgang im Handel mit Schokol-

lade und Konfitüren, daß er, wie im Jahre 1924, mit geringen Ausnahmen wenig zufriedenstellend war... Selbst der Absatz in Milch hatte in den letzten Monaten einen gewissen Rückgang zu verzeichnen". Bei Brot ist ein Umfahrrückgang festzustellen. Bedeutend sind die Mitteilungen über den Handel mit Tabakerzeugnissen. Es heißt, daß die Kaufkraft der Bevölkerung bezüglich nachgelassener hat, daß neben einem erheblichen Verbrauchsrückgang nur Käufe kleineren Umfanges getätigt und niedrige Preislagen bevorzugt wurden... Auch der Geschäftszweig für Herrenkonfektion hat stark unter den Verhältnissen zu leiden gehabt. Auch hier stellte sich die Käuferkraft auf praktische, gute Mittelqualitäten um, während teure Qualitäten, besonders die Anfertigung nach Maß, stark vernachlässigt wurden. Auch der Bericht des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser sagt, daß das Geschäft im Bekleidungs-gewerbe „sehr unbefriedigend“ war... Im Schuhwarenhandel liegt die Geschäftslage von Monat zu Monat. Die Kaufkraft der Bevölkerung sank, die vorhandenen Vorräte konnten nicht abgesetzt werden...

In beiden Berichten wird noch besonders hervorgehoben, daß das Kredit- und Abzahlungs-system eine starke Steigerung erfahren habe und die Bevölkerung zu „unwirtschaftlichen“ und unvorteilhaften Käufen veranlaßt.

Diese in die Kaufkraft und die Umschichtung des Verbrauches einen tiefen Einblitz gebenden Feststellungen werden durch neuerliche Meldungen vollaus bestätigt. Im Monatsbericht der Dresdner Bank heißt es: „Da in erster Linie die lebensnotwendigen Produkte beschafft werden müssen, bleibt für die nachfrage nach anderen Konsumgütern außer Nahrung und Kleidung nur ein geringer Bruchteil übrig.“ Im Konfektionär vom 8. Mai heißt es in einem Bericht über Oberfrankens Textilware im April d. J.: „Die Umschichtung im Handels-gewerbe leidet sehr unter der durch die allgemeine Wirtschaftskrise verursachten Einkommensminderung weiter Konsumentensfreie. Bei weiterem Anhalten der Geschäftsstille werden Entlassungen nicht zu vermeiden sein.“ Im Schuhmarkt vom 20. Dezember 1925 heißt es:

„Besserungsaussicht tritt das Versagen der Kaufkraft, besonders an Industriepfählen und in den Arbeiterwohnvierteln der Großstädte ganz auffallend zutage. Nicht allein der Ausfall an Kaufkraft durch die Laufende, welche bereits arbeitslos sind, macht es aus, auch die anderen Arbeiter und Angestellten über fast ausnahmslos strikte Zurückhaltung, weil sie auch den Verlust der Arbeitsgelegenheit befürchten und sich für die Zeit der Not wenigstens etwas Nebenverdienst schaffen wollen. Bei der Teuerung aber, welche bei den meisten Lebensmitteln unlegbar ist, fallen die Beträge doppelt ins Gewicht.“

Im Konfektionär vom 10. Februar d. J. wird über einen Vortrag berichtet, den Dr. Koppel auf dem Kongreß der deutschen Bekleidungsindustrie in Berlin hielt. Der Redner führte aus:

„Neben diese Not der selbständigen Unternehmer, die verstärkt wird durch einen Steuerdruck, der das Maß des Notwendigen und des Tragbaren weit überschreitet, tritt die Not aller Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Ersparnisse im Frieden neben dem Unternehmergewinn die zweite wesentliche Quelle der Kapitalneubildung waren. Während in Amerika Arbeiter und Angestellte eine Bezahlung erhalten, die etwa 25 vH über dem Existenzminimum liegt, fehlt bei uns diese 25 vH zur Befriedigung des Güterabganges. Ohne eine lohnpolitische Debatte hervorzuheben zu wollen, vertritt ich die Auffassung, daß — insbesondere in der Inflationszeit — die verarbeitende Industrie viel mehr, als gewöhnlich, ihren Einfluß hätte einbringen müssen für eine höhere Entlohnung der Arbeiter und der Lohnempfänger, die doch schließlich die Träger des Massenkonsums sind. Ich erkläre eines der schwersten Gemisnisse für den Wiederaufstieg der Konjunktur in dieser Ausdehnung der Kaufkraft der breiten Massen, mit deren Schicksal die Bekleidungsindustrie auf Gedeih und Verderb verbunden ist.“

Ich kenne die Einwände, die sich gegen meine Stellungnahme erheben lassen: Geschiebung der Produktionskosten, Rücksicht auf den Export. Aber noch niemals ist eine Industrie groß und blühend geworden, die sich auf billige Löhne stützt. Nicht billige Löhne sind entscheidend, sondern arbeitssparende Produktionsmethoden. Und die Bekleidungsindustrie produziert in erster Linie für das Inland, nicht für den Export.“

Die Verbraucher haben also nach diesen Berichten, wovon nur ein paar angeführt sind, ihre Ansprüche an gute und bessere Waren sehr stark zurückdrängen müssen, und die allgemeine Bewegung des Verbrauchs zielt auch auf eine gewisse Warenvereinfachung zu zielen. Der Verbraucher strebt nach billigen Waren, nicht weil er an sich billige Waren will, sondern weil ihn die Dringlichkeit seiner Börse dazu zwingt. Aber es wäre ganz falsch, nun etwa Schundwaren zu billigen Preisen herzustellen und in den Verkauf zu bringen, die nach kurzer Zeit veralteten sind und zu neuen Käufen zwingen. Es hat den Anschein, als ob solche minderwertigen Waren bereits in größeren Mengen auf den Markt gekommen sind zu dem durchsichtigen Zweck, daß nunmehr wieder billige Waren zu alten Friedenspreisen zu haben sind. Damit ist weder dem Verkäufer noch dem

Käufer gebiert. Die Schwierigkeiten liegen aber auch noch heute, wie der Bericht des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser hervorhebt, in der „vielfach überhöhten Preisgestaltung, die dem Konsum an dem Einkauf oft notwendiger Artikel hindert, weil das Geld nicht ausreicht“. Es wird in dem Bericht festgestellt, daß Manufakturwaren ungefähr 136 vH teurer sind als in der Vorkriegszeit, Wäsche 100 vH. Daran wird die Folgerung geknüpft, daß es nicht recht verständlich ist, wie angesichts der Baumwollpreise die heutige (sehr hohe) Preisgestaltung für Fertigmwaren eine Berechtigung haben kann.

Aus diesen Stimmen geht der starke Verbrauchsrückgang bei fast allen Schichten der Bevölkerung hervor. Unter diesem Rückgang leidet die gesamte Wirtschaft. Viel wichtiger noch als die Hebung der Ausfuhr ist daher die Hebung des Inlandsabganges für eine dauernde Wirtschaftsgesundung. Daß dies einerseits durch Preislenkung und andererseits durch allgemeine Lohnerrhöhung geschehen kann und muß, wird auch von verschiedenen der hier oben zitierten Fachleute deutlich genug gesagt.

### Die Gelben verlangen „Rechte“!

Unter dem Stichwort „Bereinigungs-freiheit“ haben sich die gelben Verbände und Angestelltenvereine an den Reichspräsidenten, die Regierung, den Reichstag usw. gewandt. Sie behaupten, daß die Gewerkschaften mit etwa 4,7 Millionen Mitgliedern kaum noch ein Drittel der deutschen Arbeiterschaft organisiert hätten. Infolgedessen hätten diese nicht mehr das Recht, im Namen der ganzen deutschen Arbeiterschaft zu sprechen und zu handeln. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft liege außerhalb der Gewerkschaften. Die „Mehrheit“ sei durch „die jetzige Form der Sozialgesetzgebung glatt entrechtet“. Die Gelben fordern also, daß sie im Reichswirtschaftsrat, an den Knappschafts-einrichtungen, an den Arbeitsgerichten, Arbeitsnachweisen usw. ebenso beteiligt werden, wie bisher die gewerkschaftlichen Verbände. Was ist dazu zu sagen?

„Entrechtet werden“ kann man nur von Ansprüchen, auf die man sich ein „Recht erworben“ hat. Daß die oben genannten Einrichtungen, angefangen vom Arbeitsnachweis bis zum Reichswirtschaftsrat, von den Gewerkschaften nur unter oft langjährigen und schwierigen Kämpfen erreicht werden konnten, ist weltbekannt. Wir haben dafür gepöbert, gekämpft und gelitten. Was haben aber die Gelben in dieser Beziehung getan? Nichts! Sie wollen also heute ernten, wo sie nicht gesät haben. Die Beteiligung der Gelben würde darum praktisch eine Entziehung der Gewerkschaften bedeuten, von Rechten, die sie sich allein erworben haben. Dies sei an einigen Beispielen nachgewiesen:

Wo würde zum Beispiel heute die Einrichtung der Betriebsräte sein, wenn nicht seit Jahrzehnten die Gewerkschaften, und besonders die freien gekämpft hätten, um die Sicherheitsmänner im Bergbau, um die Einrichtung und Erhaltung der Baudelegierten im Bau-gewerbe usw.? Wo wären die Gelben bei diesen Kämpfen? Sie standen abseits oder uns gar feindselig gegenüber und predigten damals schon den Gedanken der „Werksgemeinschaft“. Durch diese hätten wir keine Sicherheitsmänner, Baudelegierte und heute auch noch keine Betriebsräte. Wo bleibt also ihr moralischer oder rechtlicher Anspruch auf all diese Einrichtungen? Es fehlt nur noch, daß sie sich anmachen, auch über unsere Kämpfe und Unterstüzungseinrichtungen mitzureden zu wollen; denn mit den Gelben der Gewerkschaften wurden diese Fortschritte erzielt. Und wer auf die erlangten Rechte Anspruch erhebt, kann schließlich auch auf die Mittel Anspruch erheben, mit denen diese Einrichtungen erzielt wurden. Was würden die Gelben sagen, wenn wir, das heißt die Gewerkschaften, uns in ihre Einrichtungen hinein-mischen wollten? Da würden wir jedenfalls dieselbe Antwort bekommen, die wir ihnen heute zusetzen: Hände weg! So kann also die „Bereinigungs-freiheit“ nicht ausgelegt werden.

Dann aber auch noch ein Wort zu den 4,7 Millionen Mitgliedern. Die Verbände rechnen ihren Mitgliederstand durchweg nach den ver-lauschten Beitragsmarken aus. Hierzu kommen natürlich noch die erwerbslosen Mitglieder. Nun heißt es, daß gerade die freien Gewerkschaften durch die Vorkriegszeit zu hohe Erwerbslosenzahlen aufwiesen, als die amtliche Statistik. Ein Zeichen dafür, daß die „eine Seite der Werksgemeinschaft“ bei den erlangten Erfolgen sehr gut ge-fahrt hat. Anstandslos aber müssen wir also mindestens noch eine volle Million Mitglieder dazu zählen, wenn die wirklichen Mitgliederzahlen gelten sollen.

Andereis nicht ist, daß es ungezählte Arbeiter gibt, die infolge der unübersehbaren Wirtschaftskrisen heute jenseit verdienen, daß sie einen Verbandsbeitrag von ihrem Wochenlohn fast nicht erbringen können. Das wissen die Unternehmer ganz genau, auch die Gelben können es wissen. Daß die freien Gewerkschaften aber mit vollem Recht als Sachwalter der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft auf-treten können, das haben noch die letzten Kämpfe in den Betriebsräten bewiesen. Wir wollen gar nicht von der Wasserfront oder von dem „roten Saufen“ reden. Wir verweisen nur auf die Wahlergebnisse im Reichstagswahlkampf. Dort ist die Hochburg der christlichen Gewerkschaften. Trotzdem vereinigen die freien Gewerkschaften im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie etwa 60 bis 70 vH aller Ver-triebssäfte auf ihren Seiten, teilweise noch mehr. Und die Gelben? Man muß sie mit der Laterne suchen. Wo, viel Geschrei und gar keine Rolle!

### Die Herstellung von Leuchtgas

Von Ing. G. Kaufner, Dresden

Man hat es, das vor hundert Jahren als erste deutsche Stadt mit Gas beleuchtet wurde. Ein Jahr später folgte Berlin. Von da ab, dem Jahre 1828, verbreitete sich die Gasbeleuchtung sehr rasch und stellte infolge ihrer großen Vorteile einen Reizpunkt in der gesamten Beleuchtungs-geschichte dar. Bekannt war das Gas zwar schon viel Jahre vorher, fand aber nur verstreut Anwendung. Paris im Jahre 1815, London 1812, eine Anzahl umarmt es im Jahre 1792, als der Engländer Murdoch entdeckte, daß Steinöl, wenn man sie unter Luft-abdruck erhitzt, ein Gas erzeugt, das rasch dem Argand eine ver-hältnismäßig helle Flamme gibt. Und dieses Verfahren hat man bei-gehalten, ausgebaut und so gestaltet, wie es heutzutage die Gas-erzeugung zeigt.

Das einzige Rohmaterial ist also die Steinkohle, und zwar eignet sich am besten die sogenannte Fettkohle, die man hauptsächlich in Ober-schlesien, im Saargebiet und in der Lotharinger Gegend findet. Es hat sich jedoch erwiesen, daß man ebenfalls aus Torf und Holz ein Leucht-gas erzeugen kann, das aber hinsichtlich der Güte geringer ist und für den Zweck des allgemeinen Verbrauches nicht in Frage kommt.

Der Vorgang bei der Gasfabrikation gestaltet sich nun folgen-dmaßen: Die Steinkohle bringt man in horizontal oder schiefe liegende Behälter, die Retorten. Sie bestehen früher aus Eisen, werden aber heute wegen Feuertauglichkeit aus Schmiedeeisen gemacht. Sie be-halten entweder einen oder mehreren Überzüge, haben etwa 28 Meter lang und je nach 120 bis 200 Kilogramm Kohle. Es befinden sich nun je nach Größe des Retortens 5 bis 10 Retorten nebeneinander oder übereinander und bilden einen Retortenblock. Gewöhnlich enthält das sogenannte Retortenhaus 8 bis 10 solcher Öfen. Durch Luft- oder Gasströmung werden die Retorten auf etwa 1100 Grad Celsius erhitzt. Die Steinkohle befindet sich dabei in großer Menge gasreicher Verbindungen mit. Man erhält Wasserstoff, Kohlenoxyd und Methan. Diese drei sind zwar brennbar, besitzen aber ein jähes Feuer erzeugendes Ätzver-mögen und andere Kohlenwasserstoffverbindungen, die alle schäd-liche Gase sind. Aber auch eine Reihe von festen und flüchtigen und ver-wandlungen Verbindungen wird erzeugt, wie Schwefelwasserstoff, Cyanwasserstoff, Ammoniak, Wasserstoff, Stickstoff, Jod und Phosphor-Verbindungen. Von diesen muß natürlich das zur Beleuchtung be-brauchte Gas gereinigt werden, so die Reinigungsmittel beizubehalten und die aufgaben ihrer Nebenprodukte gebührend zu tun.

### Der erste ungarische Verbandstag

Er fand am 27., 28. und 29. Juni in Budapest statt. Bezeichnend für die ungarischen Verhältnisse ist es, daß der Verbandstag von Pol-gisten überwacht wurde, und draußen in der Nachbargasse harrte ein Menge Polizeikräfte auf den Befehl, den Verbandstag zu sprengen.

Die Arbeitslosigkeit ist in Ungarn sehr gering, die Zahl der Arbeitslosen nimmt immerfort zu. Da die staatliche Arbeitslosenunter-stützung unbekannt ist, obliegt sie einzig und allein den Verbänden. Außerdem sorgt der Verband dafür, daß Ausgesteuerte ein Mittag-mahl umsonst bekommen. Die Zahl der Arbeitslosen steigerte sich gegen-über dem Jahre 1923 mit 13,6 vH, gegenüber dem Jahre 1925 aber mit 17,2 vH, was ja ziemlich 33 vH der Mitgliedschaft ausmacht.

Auch die Lohnverhältnisse sind sehr traurig. Die Arbeitgebe-trachten, die sich ihnen bietende Gelegenheit tüchtig auszunutzen.

Auf dem Verbandstage waren die 22755 Mitglieder von 151 M-geordneten vertreten. Von ausländischen Bruderverbänden hatten fast die Kollegen Neussing und Darmstadt aus Österreich, Hirsbrunn aus der Schweiz, Gailly aus Belgien, Detela aus Komotau, Martine aus der Tschechoslowakei, Muntean aus Rumänien und Schäfer aus Deutschland eingeladen. Nach den Begrüßungsreden der aus-ländischen Vertreter folgten die Berichte. Die ungarischen Kollegen übten daran gründliche Kritik.

Ein heikler Punkt der Tagesordnung war die Frage der Beitrags-erhöhung. Die schon seit Jahrzehnten geübte Regel, ein Wochenbeitrag = ein Stundenlohn, fängt schon an, infolge der ungewöhnlichen Ver-hältnisse unhaltbar zu werden... Nach längerer Aussprache wurde der Beitrag auf eine Höhe festgesetzt, die etwa dem zweifünfteligen Durch-schnittslohn entspricht. Wer die schwierigen Verhältnisse der ungarischen Kollegen kennt, muß sagen, daß ihre Opfermütigkeit Lob verdient. Durch die Verhandlungen gewonnenen Einträge bestätigen, daß die ungarischen Kollegen trotz der großen Verfolgungen ihren Platz in der internationalen Arbeiterbewegung behaupten und die Internationalen auf sie stolz sein kann.

Erhöhte Arbeitsleistung im Bergbau und in der Eisenhütten-industrie. Hierüber bringt der jüngste Bericht der Reichsbergbau-schaft ausschöpfende Mitteilungen. Auf den Kopf der Hauer entfielen im Ruhrkohlenbergbau im Monatsdurchschnitt 1913 1845 Kilogramm im Schicht, im Monatsdurchschnitt 1925 dagegen bereits 2100 Kilo-gramm. Im ersten Vierteljahr 1926 liegt der Schichtförderanteil der Hauer auf 2297 Kilogramm, im Monat April betrug er bereits 2337 Kilogramm. Im April war demnach der Schichtförderanteil der Hauer gegenüber der Vorkriegszeit um 26,7 vH gestiegen, und wenn man den Förderanteil je Kopf der Gesamtbelegschaft betrachtet, um 14 vH. Gleichzeitig ist aber die Gesamtbelegschaft sehr er-heblich zurückgegangen. Im Mai des laufenden Jahres betru-ge nur 25 Prozent der Vorkriegsbelegschaft. In der Eisen- und Stahlproduktion ist ebenfalls eine Erhöhung der Arbeits-leistung festzustellen. Die Tagesleistung der Arbeiter in der Hoheisen-produktion war im Mai ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Januar 1925 und war im laufenden Jahr durchweg höher als in den drei letzten Quartalen 1925. In der Rohstahlproduktion war die Tages-leistung der Arbeiter im März um 5,6 Prozent, im April um 10,1 im Mai um 14,4 vH höher als Anfang 1925. Der Prozeß der Aus-lese der besten Betriebe und der besten Arbeiter hat begonnen“ heißt es im Bericht der Reichsbergbau-schaft. Nun ist aber diese Auslese mit der Arbeitslosigkeit von Hunderttausenden von anderen Arbeitern erkauft worden, ohne daß sich die Lage der „besten Ar-beiter“ gebessert hätte.

Gleiches Produktionsergebnis trotz Streiks. An dem Geschäfts-bericht der Dürlop-Werke in Bielefeld ist eine Bemerkung von großem Belang, daß das Produktionsergebnis vom letzten Geschäftsjahr im gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre um etwa 25 vH erhöht hat. Es ist derselbe Umfang wie im Jahre 1924. Dieses Ergebnis kam zu-stande, obwohl im abgelaufenen Geschäftsjahr die Werkstätten der Dürlop-Werke zwei Monate wegen Streiks geschlossen waren. Man ersieht hieraus, daß eine Zeit von zwei Monaten durchaus keine Rolle spielt in der Erlangung des gleichen Produktionsergebnisses. Die Ar-beiter der Dürlop-Werke werden, wenn sie ihre Abrechnung für das Jahr 1925 aufmachen, nicht mit dem gleichen günstigen Ergebnis aufwarten können.

Der polnische Bergbau als Nutznießer des englischen Kohlen-preis. In viel höherem Maße als der deutsche hat der polnische Berg-bau aus dem englischen Bergarbeiterstreik Nutzen gezogen. Die pol-nische Kohlenausfuhr, die im März eine halbe Million Tonnen aus-machte, im April 562 000 und im Mai 685 000, ist im Juni plötzlich auf die gewaltige Menge von 1 400 000 Tonnen angewachsen, ein Zahl, die von der polnischen Kohlenausfuhr nur in der Zeit der Ruhr-besetzung erreicht wurde. England selbst hat im Juni 281 000 Tonnen polnischer Kohle aufgenommen, während der Rest des Überschusses nach-sonst von England versorgten Märkten ging. Der Gegenwert dieses Kohle beträgt 55 Millionen Lotly, in den gegenwärtigen Verhältnissen Polens eine riesige Summe, die dazu ausreichte, der weiteren Ent-wicklung des Blothurfes Einhalt zu tun.

### Stommt das Gas aus dem Wäscher, so ist es noch immer nicht ge-brauchsfähig, denn der Schwefelwasserstoff sowie die Zian- und Phosphorverbindungen liegen sich durch die bisherigen Verfahren nicht vertreiben und müssen in einem weiteren Apparat, dem sogenannten Trockeneiniger, entfernt werden. Das Gas muß also in einem eisernen Behälter geleitet, der innen 4 Siebböden aufweist, auf denen Eisenpulver, vermischt mit Kalk und Eisenoxyd, liegen. Neuerdings kann man auch pulverisierten Natronstein als Reinigungsmasse be-nutzen. Da sich aber der Schwefelwasserstoff mit dieser Masse chemisch verbindet, müssen von Zeit zu Zeit diese Siebböden geleert und mit frischer Masse befüllt werden. Die alte breitet man in der Luft aus und durch den Luftaustausch wird sie nach und nach in die ursprüng-lichen Bestandteile verwandelt und ist wieder zu gebrauchen. Mehr als 12mal kann aber diese Prozedur nicht vorgenommen werden, da sich in dieser Masse dann etwa 45 vH reiner Schwefel sowie Zian- und Phosphorverbindungen angesammelt haben, die von der Luft nicht an-gegriffen werden. Hier tritt das vierte Nebenprodukt zutage, der Schwefel und die Zianverbindungen. Letztere sind bei der Gewinnung von Edelmetallen mit Hilfe des elektrischen Stromes sowie in der Medizin von großer Bedeutung.

Setzt ist das Gas rein. Theoretisch setzt es sich nach folgenden-maßen zusammen: 100 vH Leuchtgas bestehen aus 50 vH Wasserstoff, 22 vH Methan, 9 vH Kohlenoxyd, 3 vH Äthylen, 1 vH Äthylen, 2 vH Kohlendioxid, 1 vH Stickstoff, 1 vH Ammoniak und 1 vH Schwefelwasserstoff und Zianverbindungen.

In diesem Zustand gelangt das Gas in den Gasometer. Er besteht aus einer großen eisernen Glode, die im Wasser schwimmt und durch Leitrollen geführt ist. Das Gas steigt oberhalb des Wasser in den Ballon und das Ableitungsgrohr mündet ebenfalls über dem Wasserpiegel dort ein. Hinter dem Gasbehälter befindet sich allerdings noch ein Druckregler, der den durch die Glode erzeugten Druck noch feiner einstellt, damit an den Abnehmerorten stets Gleichmäßigkeit vorherrschet. Das wird erreicht durch ein selbsttätiges Ventil, das sich mehr oder weniger öffnen kann.

Die Herstellung des Leuchtgases ist also verwickelt und langwierig mit der des elektrischen Stromes gar nicht zu vergleichen. Belanglos mag es noch sein, zu wissen, wieviel man eigentlich aus 1000 Kilo-gramm Steinkohle Gas und Nebenprodukte gewinnt. Mehrere Versuchs-gaben folgenden Durchschnitt: 158 Kilogramm oder 290 Kubikmeter Gas, 684 Kilogramm Koks, 50 Kilogramm Leer, 80 Kilogramm Ammoniak, 7 Kilogramm Ziancyanid, 8 Kilogramm Schwefel und 2 Kilogramm Retortengrahit.

# Streifzüge durchs proletarische Frankreich

Von F r i h K u m m e r

## IV.

### In Lille

Frankreichs industriellste Bezirke liegen im Norden. An der belgisch-luxemburgischen Grenze ziehen sich Hüttenwerke hin, Lille und Roubaix bilden die Mittelpunkt einer hochentwickelten Textilindustrie, und westlich davon liegt der lothle-reiche Pas de Calais. In diesen mit Rohstoffen und Fabriken reichlich versehenen Bezirken läßt sich die Eigenart der franzö-sischen Industriearbeiter entschieden besser studieren, als etwa in Paris. Dieses hat wohl in den letzten zwei Jahrzehnten mächtige Werke in seinem Weichbilde entstehen sehen, doch bildet deren Belegschaft nur einen geringen Teil der klein- und mittelgewerb-lichen Masse der Hauptstadt. Geist und Eigenart dieser Masse ist kleinbürgerlichem Schicksal entsprungen und die industrielle Neu-zeit hat daran noch nicht viel zu modeln vermocht. Anders im Norden. Hier hat die Großindustrie Tun und Denken der Ar-beiterschaft scharf geformt; Gangart, Sprache und Gehaben sind anders, schwerer, ausgeprägter proletarisch. Das gleiche gilt von der politischen Bewegung.

Der industrielle Norden war von jeher die stärkste Hochburg der sozialistischen Bewegung. Hier hatten Jules Guesde (Sprich: Schül Gäh) und Paul Lafargue die Arbeitererschaft mit marxistischen Gedanken erfüllt, und der Gewerkschaftsbewegung sind Männer wie Viktor Renard und Nephraim Wertheim ent-standen. Zusammengeballt auf engem Raume, eng verbunden im Kampfe ums tägliche Brot, geschult und geführt von tüch-tigen Männern der sozialistischen Theorie und Praxis, entstand im Norden eine Arbeiterbewegung, die ihresgleichen in Frank-reich sucht. Dort waren die sichersten sozialistischen Wahlkreise, eine Reihe von Städten mit sozialistischer Verwaltung und der beste Kern der Gewerkschaftsbewegung zu finden.



Die Arbeitsstätte, das Heim der Lille Gewerkschaften

Den wirtschaftlichen Mittelpunkt des Nordens bildet die Stadt Lille. Gleich beim Aussteigen aus dem Zug mußte ich feststellen, daß sich am Gesicht der Stadt nicht viel geändert haben konnte. Denn der Bahnhof hat in den zwanzig Jahren, seitdem ich ihn nicht mehr gesehnt, schwerlich einen Wimperl geföhlt. Draußen vor dem Bahnhof war auch so ziemlich alles beim alten. Nur auf der rechten Seite der Hauptstraße, die vom Bahnhof stadteinwärts geht, stand eine Reihe neuer Häuser, die anstelle der im Krieg zerstörten errichtet worden sind. Sonst noch das alte Gemüß von engen Gassen mit den verträuchelten Häusern und des Linderers bedürftigen Fassaden. Was der Krieg zer-tört, ist fast wieder aufgebaut. Es werden breite Durchbrüche gemacht, um dem gesteigerten Verkehr freie Bahn zu schaffen. Selbst an einem neuen Rathaus wird fleißig gebaut.

Obwohl Lille seit Jahrzehnten einen sozialistischen Bürger-meister und eine verhältnismäßig starke politische und gewerkschaftliche Bewegung hat, gibt es in Lille weder ein Gewerkschaftshaus noch eine sozialistische Tageszeitung. Man behilft sich mit einem halbbürgerlichen Tageblatt, dem Reveil du Nord, und die Gewerkschaften hausen in einem städtischen Gebäude, der Arbeitsbörse, deren Vorderseite mehr der Hinterseite einer Fabrik oder Kaserne ähnelt. In der Arbeitsbörse schaut auch der Sekretär der Ortsgruppe des Metallarbeiterverbandes, der Kollege Debertrah. Da er nicht anwesend war, ging ich mit keinem Gehilfen auf die Suche. Zunächst fanden wir unsern Verbandsekretär von Tourcoing, dann den von Roubaix und schließlich auch den von Lille. Sie alle hatten auf dem Gesicht in Unfallsachen zu tun gehabt. So hatte ein glücklicher Zufall mit die berufensten Auskunftsgeber der drei bestbelegtesten Ortsgruppen des Verbandes beschert. Ich war dadurch der Mühe enthoben, die drei Schwesterstädte einzeln zu besuchen. Die Freude über so seltenen Besuch war groß. Die drei Kollegen hatten kaum weniger zu fragen, als ich.

### Bezahlung der Metallarbeiter

Von den 15 000 Metallarbeitern in Lille und seiner Um-gebung sind 2500 im alten (nichtkommunistischen) Verband ver-einigt, außerdem 500 im kommunistischen und 200 im christ-lichen. Der monatliche Grundbeitrag ist 4 Franken, wovon 1,60 an die Hauptkasse nach Paris gehen. In Lille, der gut aus-gebauten Ortsgruppe, ist eine (freiwillige) Kasse für Streik und Krankheit eingerichtet, wofür im besondern 2 Fr. die Woche zu entrichten sind. Wer dieser Kasse angehört, erhält bei Krank-heit 3 Fr. täglich während 90 Tagen, im Streikfalle 4 Fr. den Tag, wovon die Hauptkasse „gewöhnlich“ 2 Fr. trägt. Die Ar-beitslosen erhalten zweimal im Jahre während vier Wochen je 35 Fr. Unterstützung, wozu der Staat 33 vH der ausgezahlten Summe beisteuert. Der durchschnittliche Mindestlohn der ge-lernten Leute im Maschinenbau ist 3,10 Fr., der Ungelernten 2,84 und der Ungelernten 2,55 Fr. die Stunde. Für die Stül-arbeiter erhöhen sich diese Sätze um 20 bis 25 vH. Eine Ver-trachtung der Lohnskala unseres Verbandes zeigt, daß es einige Städte, wie Paris, Marseille, Nantes, Roubaix, gibt, wo die Verufe des Maschinenbaues höher bezahlt werden, in noch mehr Städten aber schlechter. In der Schwerindustrie verdienen die Tagelöhne, je nach dem Bezirk, zwischen 21 und 30 Fr. für die Schmelzer, von 18,50 bis 26 Fr. für die Apparate-wärter, von 17,50 bis 25 Fr. für die Erzlader usw. Mit diesen paar Angaben möge es sein Bewenden haben. Wer diese Lohn-summen in deutsches Geld umrechnet, darf nicht außer acht lassen, daß der Realwert der Lohnsummen in Frankreich be-deutend höher ist als der Realwert des entsprechenden Markt-Preises. Anders ausgedrückt, der französische Arbeiter kann sich

für 8 Fr. bedeutend mehr kaufen als der deutsche für 1 M., ob-wohl beide Summen jetzt so ziemlich den gleichen Gelbwert haben. Die Nähr- und Bedarfsmittel des Arbeiters sind, wie ein Vergleich der Preiszahlen in den Schaufenstern sagen läßt, in Frankreich um 30 bis 40 vH billiger als in Deutschland.

Bei der Beurteilung des Einkommens des französischen Ar-beiters ist ferner der Familienzuschlag (Soziallohn) mit in Rechnung zu stellen. Dieser Zuschlag ist in Frankreich weit verbreitet. Nach den neuesten Mitteilungen des Direktors des Hauptausschusses dieser Klassen nahmen im Mai 1926 3,6 Millionen Industriearbeiter an dem Familienzuschlag teil, und die dafür ausgezahlte Summe wird für das Berichtsjahr auf 1,152 Millionen Franken angegeben. Neben diesen Klassen bestehen noch welche in öffentlichen Betrieben wie in der Landwirtschaft. Der Zuschlag wird unabhängig von der Lohn-höhe, der Beschäftigungsdauer und dem Verufe gezahlt. Er ist für jeden Familienvater gleich. Er wird aus einer Kasse ent-richtet, die von den Unternehmern des Gewerbes oder des Be-zirkes allein geführt wird. Die Höhe des Zuschlages je Kind ist natürlich verschieden. In der Schwerindustrie beträgt er 0,50 bis 1 Fr. je Tag und Kind. Die Arbeiter in den Fabriken des Unternehmerverbandes von Lille und Umgebung bekommen für die ersten beiden Kinder (unter 13 Jahren) 30, für 3 Kinder 60, für 4 Kinder 100 Fr. den Monat. Der Satz steigt mit jedem Kinde und er beträgt bei 10 Kindern 550 Fr. im Monat. Den Familienzuschlag wissen besonders die kinderreichen belgischen Proletarier zu schätzen, von denen tagtäglich 50 000 bis 60 000 herüber nach Frankreich zum Arbeiten kommen. Zuweilen wird auch an verheiratete Frauen der Zuschlag, aber nur die Hälfte gezahlt, wenn ihr Mann in einem Betrieb beschäftigt ist, wo es den Zuschlag nicht gibt.

In französischen Gewerkschaftskreisen wurde und wird die Befürchtung geteilt, der Familienzuschlag könnte sich gegen die verheirateten Leute auswirken oder er werde im Streikfalle von den Unternehmern gegen die Arbeiter mißbraucht. Werkwürdiger-weise habe ich trotz vielem Nachfragen keinen Beweis für die Berechtigung der Befürchtung gefunden. Damit ist nun natür-lich nicht gesagt, daß keinerlei Mißbrauch vorkomme, aber er kann doch nicht in dem befürchteten Ausmaße stattfinden.

### Volle Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter

Noch in einer andern Hinsicht wurde ich angenehm ent-täuscht, nämlich bezüglich der Arbeitsbedingungen oder der Be-handlung der ausländischen Arbeiter. Wenn deutsche In-dustrielle oder Grundbesitzer Arbeiter, sagen wir, aus Rußland, Italien oder Polen heranziehen, dann um einen Sondergewinn zu machen, indem sie die landesfremden, sprachunkundigen, hilf-losen Proletarier noch erbarmlicher bezahlen als die ein-heimischen. Die deut-schen Unternehmer nutzen die Hilflosig-keit der fremden Leute nach Strich und Faden aus. Eine solche Schamlosigkeit habe ich, wie ich gesehen will, zu meiner großen Überraschung in Frankreich nicht gefunden.

Das französische Unternehmertum hat eine Klammge ferner Arbeiter herangezogen, um die Anforderungen, die der Wieder-aufbau wie die erhöhte Warenabsatz führen stellen, zu erfüllen. Bis zum Jahre 1925 waren 2,85 Millionen Fremde nach Frankreich geschickt, um den stark gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Heute macht ihre Zahl mehr als 3 Millionen betragen. Die Einwanderer sind in allen Gewerben, hauptsächlich aber im Bergbau, der Hüttenindustrie, dem Textilgewerbe, dem Bau-handwerk und in der Landwirtschaft zu finden. In manchen Be-zirken halten sich die Fremden stark zusammen, so im Pas de Calais, wo nach einer Aufstellung der Präfektur nicht weniger als 30 Nationen mit über 95 000 Köpfen vorhanden sind. Die Polen bilden mit 53 000 Köpfen die stärkste Gruppe, ihnen folgen die Belgier, Tschechen, Italiener usw. Auch Türken, Marokkaner, Haitianer, Ägypter und ähnliche Völkergassen sind vertreten. Die Deut-schen zählen 56 Köpfe, meist gut-geschulte und hochbezahlte Kräfte. Ich traf ein halbes Duzend Landsleute in einem Fabrikwerk. Der Direktor sagte mir frei-mütig, ohne die Deutschen sei der Betrieb nicht fortzuführen, denn sie hätten ihn eingerichtet und seien nun die Seele der Produktion. Und die Kollegen sagten mir dann, daß sie in Frank-reich zu bleiben gedächten, weil es ihnen gefiel und sie mit der



Von der Arbeit heimkehrende Bergleute. Rechts und links Werkstätten

einheimischen Bevölkerung gut auskämen. Daß das Wort wohl-fell schaffen muß, scheint mir aus der Tatsache hervorzugehen, daß es keine Erzeugnisse bis nach San Francisco ausführt.

Aber nicht nur die hochgeschulten deutschen Facharbeiter, sondern auch die ungelerneten Polen, Tschechen, Italiener usw. erfreuen sich vollständiger Gleichberechtigung. Um in dieser Sache ganz sicher zu gehen, habe ich mir Arbeits-verträge, die die Fremdlinge noch in ihrer Heimat abschließen, zeigen lassen. Ich fand alle paar Paragraphen betont, daß die Landesfremdheit keinen Grund bilden dürfe, dem Ausländer irgendein Recht oder eine Vergünstigung vorzuenthalten. Und

daß das Gedruckte auch beachtet wird, wurde mir von franzö-sischen Gewerkschaftern ausnahmslos bestätigt. Die Gleich-berichtigung bezieht sich auch auf die sozialpolitischen Rechte (Knappheitskasse, Krankenkasse) sowie auf alle sonstigen Ver-günstigungen aus. So erhalten, um ein Beispiel aus dem Berg-bau anzuführen, die fremden Bergleute ebenfalls die Deputat-lohne — 4 bis 7 Hektoliter im Monat — umsonst, außerdem für 6 bis 12 Franken eine Wohnung (kleine Häuser mit Gärten), die privat kaum weniger als 100 Franken kosten mögen. Ob diese neuen, sauberen Bergarbeiterheime lange sauber bleiben, muß man bezweifeln, denn die Bergleute wuschen sich nicht auf der Beche, sondern gehen so ruhig, feucht und schmierig, wie sie den Schacht verlassen, und mit dem Grubenhelm bedekt heim in ihre Wohnung (siehe Bild). Dann wird auch der Familienzuschlag den ausländischen Arbeitern so wie den einheimischen gezahlt. Man denke nur: der französische Unternehmer zahlt aus freien Stücken fremden Pro-leten noch einen erheblichen Zuschuß, damit er seine Kinder — Angehörige eines fremden Staates, wenn nicht gar des „Erb-feindes“ — besser erziehen kann. Damit vergleiche man das Verhalten deutscher Fabrikanten und Grundbesitzer, sagen wir polnischen Arbeitern gegenüber. In dem Ergebnis dieses Ver-gleiches kann man die Beschaffenheit des Rufes ermessen, den die deutschen Unternehmer in der ganzen Welt genießen.

Das Ergebnis dieses Vergleiches macht es, zum Teil wenigstens, verständlich, warum (im Pas de Calais und wohl auch anderwärts arbeitende) Polen, die lange in Schlestien oder Westfalen beschäftigt waren, vielleicht gar da geboren sind, den stärksten Nachdruck auf ihre pol-nische Nationalität legen und sich bemühen, alles zu vermeiden, was sie in den Geruch bringen könnte, Deutsche zu sein. Und dies, obwohl sie als Deutsche gewiß keine Lei-Zurücksetzung erfahren, weil die Deutschen in Frankreich, zumal in der Arbeiterwelt, jetzt wider alles Erwarten gut aufgenommen werden. Dieses ängstliche Ver-meiden alles Deutschen mag vielleicht mit von dem Wunsch ge-boren sein, dem eignen Vaterland dankbar zu sein. Über die genaue Einhaltung der vertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen wacht der Heimatstaat durch seine Konsule in Frankreich. Der Konsularische Schutz ist kein leeres Wort. Der Konsul nimmt sich seiner schlichten, proletarischen Landsleute eifrig an. Diese mögen nun glauben, dem schutzpendenden Vaterland durch Anhänglich-keit und Treue danken zu sollen.

Die deutsche Reichsregierung kann aus dem Verhalten der italienischen, polnischen oder tschechischen Regierung einiges lernen. Sie bemüht sich, wenn ich richtig verstanden habe, das Deutschtum im Ausland zu fördern. Stäckerlich eine ebenso löb-liche wie notwendige Bestrebung. Das ließe sich recht gut er-reichen durch Beschützung der vielen Tausende von schli-chen Deutschen, die jetzt in die Welt getrieben werden, weil sie, die fleißigen und Arbeitsfreudigen, daheim keine Stellung und kein Brot finden. Diesen Arbeitern mache sich das Vaterland mehr nur durch den Unteroffizier, Polizisten, Steuereintnehmer und Gerichtsvollzieher bemerkbar. Das Vaterland gab diesen schlichten Deutschen wenig oder nichts an geistigen Waffen, um auf fremder, feinerer Erde für die Sache der Heimat zu streiten. Diese Auswanderer sind des Schutzes ihrer Regierung vor allem bedürftig, und sie werden den Ruf ihres Vaterlandes in alle Weltkanten und Gassen des Auslandes tragen, wenn sie bei ihren Konsulen mindestens soviel Verständnis, Rat und Hilfe finden, wie die italienischen, tschechischen, polnischen oder japanischen Proletarier bei ihren Konsulen. (Schluß folgt.)

### Die Internationale der Fabrikarbeiter

Vom 29. Juni bis 1. Juli hielt die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiter ihren dritten Kongress in Kopenhagen ab, an dem 63 Delegierte teilnahmen. Aus dem vom Sekretär Stenhus erstatteten Tätigkeitsbericht ging hervor, daß der Mitgliederbestand seit 1923 von über 1 Million auf ungefähr 660 000 zurückgegangen ist. Die Vereini-gung umfaßt 18 Organisationen in 13 Ländern. Der stärkste Verband ist der deutsche mit 335 000 Mitgliedern. Der englische Verband ist seinerzeit aus der Vereinigung ausgetreten. Nach ausführlicher Be-sprechung des Berichtes wurde der Vorstand beauftragt, ein „vorteil-hafteres und ergebnisreicheres“ Arbeiten der Internationale anzuführen.

Im Zusammenhang mit einem von den nordwestlichen Verbänden gestellten Antrag betr. Zulassung der beiden russischen Verbände fand eine eingehende Aussprache statt, woran sich auch die als Gäste an-wesenden drei russischen Delegierten beteiligten. Der internationale Vorstand beauftragte, die Russen unter der Bedingung aufzunehmen, daß die russischen Verbände für den Anschluß der russischen Landes-zentrale an den Internationalen Gewerkschaftsbund wirken. Der Wort-führer der Russen, Dobrowolsky, bezeichnete jedoch diese Bedingung als unannehmbar und wiederholte in einer langen Rede die bekannten Be-schuldigungen gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsführer, denen er vortraf, daß sie den Klassenkampf verrieten und gemeinsame Sache mit den — Kapitalisten machten. Schließlich wurde der Antrag des Ex-ekutivkomitees mit einer vom deutschen und österreichischen Verband be-antragten Ergänzung mit 48 gegen 16 Stimmen angenommen. Die belgischer und holländischer Vertreter stimmten gegen den Antrag, weil sie unter den gegenwärtigen Umständen ein Zusammenarbeiten mit den Russen für unmöglich erachteten. — Neu aufgenommen wurde der Verband der Arbeiter in der bänischen Papierindustrie mit 1486 Mitgliedern.

### Wiedergutmachung einer Schandtat

Zu den gemeinsten Taten des deutschen Militarismus während des Krieges gehört die Deportierung Zehntausender von Belgiern. Vor ein paar Monaten erst erzählte eine Brüsseler Zeitung, wie die Belgier, meist arme Leute, in aller Herrgottsrühe zusammengeholt, mit Hinte und Kolben in Viehwagen getrieben und fortgeschleppt wurden, um deutschen Industriellen die Latsche zu füllen oder um in der Gefechtszone den mörderischen Granaten ausgehakt zu sein. Und das alles, weil die Leute in einem Lande lebten, in das die deutsche Geereleitung unter Vergewaltigung jedes bürgerlichen und sitt-lichen Gebotes einzubringen beliebt hatte. Wieviel Belgier der Bru-talität zum Opfer gefallen sind, hat man der deutschen Öffentlichkeit ge-fühnlich vorenthalten. Jetzt erfahren wir durch einen Aufschuß von Louis Pizarad im Brüsseler Peuple vom 6. Juli, daß es deren weit über hunderttausend waren. Für 55 000 Deportierte hat die deutsche Regierung 24 Millionen Franken zahlen müssen, eine winzige Summe für die zehntausendfache Drangsal. Pizarad macht nun aufmerksam, daß es neben den 55 000 Entschädigten noch ungefähr 60 000 Depor-tierte gibt, die nichts für die Rückhandlung erhalten haben. Die deutsche Regierung weigert sich, auch diesen Opfern etwas zu zahlen, weil ja nur 55 000 Belgier nach Deutschland geschleppt und diese ent-schädigt worden seien. Demgegenüber sagt Pizarad, daß sei an sich richtig, aber eine noch höhere Menge sei in das Kriegsgebiet geschleppt, also auch deportiert worden, allerdings nicht nach Deutschland. Er schlägt der Reichsregierung vor, auch diese Opfer zu entschädigen, da ja in Anbetracht des schlechten Standes des Franken die Sache nicht viel kosten werde und dadurch Deutschland eine Gelegenheit bekomme, eine der traurigsten Seiten der Besetzung Belgiens auszuwischen. Wir halten die Erfüllung dieses Vorschlages für selbstverständlich, und wir wünschen nur, daß wir in Deutschland eine Justiz hätten, die die Urheber und Nutznießer dieser unerhörten Mißtat geziemend zur Rechenschaft zöge.

### Die Organisationen der Unternehmer

In Deutschland gibt es Unternehmerverbände wirtschafts- und sozialpolitischer Art. Sie sind freiwillige Zusammenschlüsse, im Gegensatz zu den von Staats wegen angeordneten Unternehmerorganisationen, wie die Industrie-, Handels-, Handwerks-, Landwirtschaftskammern und Berufsvereinigungen. Welt in den ersten Jahren der Existenz der deutschen Unternehmerklasse gegen die Arbeiterbewegung, so soll in den folgenden Jahren ihre Entwicklung und Organisation dargelegt werden.

In verhältnismäßig kurzer Zeit hat sich das deutsche Unternehmertum organisiert, und zwar vom Ortsverband über den Bezirksverband zum Reichsverband auf sachlicher Grundlage, und von da zu überfachlichen Spitzenorganisationen. Wesentlich wurde dieser Organisationsprozess durch das Fortschreiten der deutschen Wirtschaft und die Ausdehnung der Gewerkschaften. Die Industrie bildet da den Mittelpunkt.

Im Jahre 1876 fanden sich deutsche Industrielle zum Zentralverband deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung deutscher Arbeit zusammen. Der Anlaß dazu war der Kampf um die Eisenzölle. Es war eine wirtschaftspolitische Zentralorganisation, in der sich Rohstoff- und Fertigwarenhersteller vereinigten. Infolge der immer schärfer werdenden Gegensätze unter diesen industriellen Gruppen entstand 1893 eine andere Zentralorganisation, der Bund der Industriellen Deutschlands. Sie war vorwiegend eine Vertretung der Fertigungs- und Ausfuhrindustrie und weniger schutzpolitischer eingeleitet. Trotz der Festigkeit ihrer Gegensätze vereinigten sich diese Organisationen im Februar 1919 auf einer gemeinsamen Tagung zum Reichsverband der deutschen Industrie, nachdem schon in der Kriegszeit ein gemeinsames Arbeiten Platz gegriffen hatte. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist zurzeit die mächtigste Unternehmerorganisation Deutschlands.

Im Laufe der Zeit wuchs der Aufgabenkreis dieser Unternehmerorganisationen immer mehr, so daß man sich genötigt sah, für die Bearbeitung lohn- und sozialpolitischer Fragen besondere Einrichtungen zu schaffen. Der Zwang hierzu war die immer stärker werdende Macht der Gewerkschaften. Es entstanden die Gewerkschaften der Industriellen, die Arbeitgeberverbände. Diese erlangten ihre Macht dadurch, daß sie sich zu Zentralorganisationen entwickelten. Auch hier war die Entwicklung dieselbe, wie bei den wirtschaftspolitischen, nämlich vom Ortsverband über den Bezirksverband zum Reichsverband in sachlicher und überfachlicher Richtung. Die ersten deutschen Zentralarbeitgeberverbände sind von 1903 bis 1904 gegründet worden. Es waren dies die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, (1903) gegründet vom Zentralverband deutscher Industrieller, und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, (1904) gegründet vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller. Diese Organisationen fanden sich nicht gerade wohlwollend gegenüber, was sie jedoch nicht hinderte, noch einem vorerst abgeschlossenen Kartellvertrag sich zusammenzufinden (1913) zur Einheitsorganisation, zur Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Es ist eine überfachliche Spitzenorganisation der Unternehmerrgewerkschaften, der sich fast alle Unternehmerrgewerkschaften der deutschen Industrie angeschlossen haben.

Die Bestrebungen der Unternehmer, sich zu organisieren, steigerten sich besonders in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Eine Darstellung dieser Entwicklung gibt das Jahrbuch der Berufsverbände 1925, ein Sonderheft des Reichsarbeitsblattes. Danach gab es bis 1900 233 Reichsverbände und 39 Bezirksverbände, von ihnen hatten sich 188 mit wirtschaftspolitischen, 5 mit sozialpolitischen und 79 mit beiderlei Fragen beschäftigt. Von 1900 bis 1910 sind weitere 245 Reichsverbände und 54 Bezirksverbände geschaffen worden. Danach haben sich 197 mit wirtschaftspolitischen, 17 mit sozialpolitischen und 85 mit beiderlei Fragen beschäftigt. Von 1910 bis 1915 sind weitere 163 bezugskommen. Diese abnehmende Gründungsaktivität erreichte ihren Höhepunkt in der Zeit von 1915 bis 1921. Es wurden noch 677 Reichsverbände und eine Anzahl Bezirksverbände gegründet. In den folgenden Jahren ist die Gründungsaktivität zurückgegangen, was jedoch nicht auf Organisationsmüdigkeit der Unternehmerrklassen zurückzuführen ist. Im Gegenteil, es lebt jetzt der Ausbau dieser Organisationen ein. Das Jahrbuch weist eindeutig die Erhebung von über 1611 Reichs- und 371 Bezirks- oder Landesverbänden. Von den Reichsverbänden besitzen sich 1274 mit wirtschaftspolitischen, 57 mit sozialpolitischen und 280 mit beiderlei Fragen; 163 Bezirksverbände mit wirtschaftspolitischen, 34 Bezirksverbände mit sozialpolitischen und 16 mit beiderlei Fragen.

Entsprechend den Wirtschaftszweigen haben sich diese Unternehmerverbände zu 14 überfachlichen Großorganisationen ausgebildet. Die wichtigsten sind die der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft sowie des Groß- und Einzelhandels. Alle 14 bilden in ihrer Zusammensetzung die Rahmenorganisation des deutschen Unternehmertums, den Zentralausschuß der Unternehmerverbände. Er tritt in besonderen Fällen zusammen und ist gegründet „zur geschlossenen Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der deutschen Unternehmerrgewerkschaft und zur einheitlichen Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen“. Die 14 Großorganisationen stehen auch miteinander in einem mehr oder weniger unigen Verhältnis. So vor allen Dingen besteht zwischen dem Reichsverband der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Arbeitsgemeinschaft, die sich auf Personalfragen gründet. (Der erste Vorsitzende der einen Organisation bekleidet daselbst das Amt in der anderen.) Der Reichsverband der deutschen Industrie bestimmt infolge seiner hervorragenden Stellung im deutschen Wirtschaftsleben die Wahrung der wirtschaftspolitischen Belange des deutschen Unternehmertums. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ist jedwährend auf dem Gebiete der Lohn- und Sozialpolitik.

Die Organisationsaktivität der deutschen Unternehmer konzentriert sich auf die Unternehmerrgewerkschaften, die Arbeitgeberverbände, sondern auch besondere Einrichtungen zum Zweck der Finanzierung ihrer Kampfe mit den Arbeitern, nämlich die Streikentwöhnungsgesellschaften. Das Streikentwöhnungsgesellschaft, das früher gewerkschaftlich betrieben wurde, ist jetzt eine Sonderorganisation der Unternehmerrgewerkschaften. Die zwei größten sind: Der deutsche Streikschutz und der Deutsche Industrieverband. Eine Anzahl kleinerer Organisationen sind bei ihnen untergeordnet. Zudem sind das deutsche Unternehmertum durch den Anstoß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (1921) an die Internationale Arbeitgebervereinigung (mit ihrem Sitz in Brüssel, 1919 in Washington gegründet) sowie durch gemeinsamen Ringen mit Unternehmern des Auslandes bei der Lösung wirtschaftspolitischer Fragen international beteiligt. Immer die organisierten Bestrebungen der deutschen Unternehmer als vollständig begründet werden.

Die Bestrebungen des deutschen organisierten Unternehmertums sind, wie gesagt, folgende: auf wirtschaftspolitischen Gebiet: die Wahrung des Standes unter der Bedingung, die Erhaltung der Wirtschaft nach kapitalistischer Grundgesetze, die Ausschaltung der Arbeiterbewegung als wesentlicher Faktor im Wirtschaftsleben; auf sozialpolitischem Gebiet: Abwehr der sozialen Einrichtungen, Verbesserung der Arbeitszeit, Befähigung des Tarifvertrags- und Schlichtungsverfahrens. Die Arbeiterbewegung kann sich hier nicht einschließen. Die organisierten Unternehmerrklassen mit Ausnahme, wenn sie sich ebenfalls unabhängig organisiert und ihre Organisationen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend erweitert und zu Verbesserungen verhalten. **BRUNO HILBERG**

Die Zeit wird kommen, in der es jeder Arbeiter und jede Arbeiterin als eine Selbstverständlichkeit, als ein Ehrenwort anseht, einen Verband anzugehören, um seine Würden zu erhalten. Nur der organisierte Arbeiter gehört die Zukunft; er werden die Kämpfer einer neuen Zeit, die Kämpfer für eine bessere und gerechtere Ordnung oder für eine sozialistische Gesellschaft, in der es weder Unterdrückung noch Unterdrückte, weder Ausbeuter noch Ausgebeutete mehr gibt. **August Böbel**

### Zum Abbruch des Hanauer Diamantarbeiterstreiks

Die noch im Streit befindlichen Diamantarbeiter — von 600 noch 115 — haben infolge des weiteren Sinkens des belgischen Franken beschlossen, den 13wöchentlichen Kampf abzugeben. Obwohl es nicht gelungen ist, den Rest der Fabrikanten zu zwingen, den Tarif der Diamantarbeiter anzuerkennen, war der Streik ein Erfolg für die Diamantarbeiter. Das Ziel des Arbeitgeberverbandes war bekanntlich, die im Tarif festgesetzten Ferien zu beseitigen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Ein Teil der Arbeitgeber hat schon nach kurzer Dauer des Kampfes die Ferien bewilligt und das Kollektivabkommen anerkannt. Dem übrigen Teil kam das rasche Sinken des belgischen Franken zu Hilfe.

Die deutsche Diamantindustrie ist ja den auswärtigen Gändlern vollständig ausgeliefert. In Belgien sind 16 000 Diamantarbeiter beschäftigt. Die Gändler benutzen die belgische Valuta und liefern ihre Ware in Belgien schleifen. Alle Versuche der belgischen Diamant-schleifer, den Tarif zu stabilisieren, sind bis jetzt gescheitert. Auf Grund dieser Verhältnisse war das Weiterführen des Kampfes ein Kampf gegen Windmühlen.

Um die deutsche Diamantindustrie vor weiteren Schäden zu bewahren, hätte dieser Kampf gemeinsam mit den deutschen Zwischenhändlern geführt werden müssen. Diese Zwischenhändler (Diamant-schleiferbesitzer) boten sich aber zu jedem Preis bei den Gändlern an und wollten auf diese Weise die Industrie erhalten, ohne zu bedenken, daß sie damit der Industrie den größten Schaden zufügten. Die Hanauer Diamantindustrie leidet an zu vielen kleinen Betrieben, die sich nur halten können auf Kosten der Arbeiterschaft. Diesem Absehbaren muß zu gegebener Zeit abgeholfen werden.

Der Kampf ist abgebrochen, aber nicht verloren. 500 Diamantarbeiter arbeiten zu den mit dem DAB vereinbarten Bedingungen weiter. Die 115 Kollegen, die jetzt arbeitslos sind, werden bei besserer Gestaltung der Verhältnisse wieder unterkommen. Gegen jene Unternehmer, die sich besonders gegen die Arbeiter während ihres schweren Kampfes hervorgetan haben, wird die Organisation Maßnahmen ergreifen. Ohne die geschlossene Organisation wären die Diamantarbeiter vollständig der Willkür der Unternehmer preisgegeben gewesen. Die erste Voraussetzung für eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse ist, daß die Diamantarbeiter geschlossen ihrer Organisation die Treue bewahren, um bei günstigerer Zeit wieder andere Verhältnisse zu schaffen.

### Der dänische Verbandstag

Vom 29. Juni bis 3. Juli fand in Kopenhagen der 20. Kongress des dänischen Schmiede- und Maschinenarbeiter-Bundes statt. 230 Delegierte des Bundes, Vertreter der dänischen Gewerkschaften, der Bruderverbände aus Belgien, Deutschland, Finnland, Holland, Norwegen, Österreich und Schweden sowie der Kollege S I g vom Internationalen Metallarbeiter-Bund nahmen an dem Kongress teil. Unser Verband war durch den Vorstandskollegen Carl S o n g a t t vertreten.

In seinem Bericht über die wichtigsten Ereignisse der letzten drei Jahre behandelte der Vorsitzende J. S. Hansen ausführlich den Verlauf des dänischen Großkampfes im Jahre 1925. Er dankte bei dieser Gelegenheit allen Verbänden, besonders auch den ausländischen Organisationen für die überaus wertvolle Hilfeleistung bei dieser wichtigen Bewegung. Erfreulich war die Feststellung, daß die Löhne in der dänischen Metallindustrie trotz Niedriggang in Abereinrichtung mit dem internationalen Preisindex neben dem Ausgleich für die verkürzte Arbeitszeit und Lohnerhöhung noch einen Überschuß ergeben. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug nach der Statistik der Unternehmer im Januar 1926 110,2 Ore, der durchschnittliche Stundenverdienst 176 Ore.

Die Mitgliederzahl des Bundes ist von 1923 bis 1926 von 22 083 auf 25 094 gestiegen. Auch in Dänemark spielt die Frage der Industriearbeiter eine große Rolle. Eine Entschlieung er-mündigte die Verbandsleitung, die Arbeit für die Einführung von Industriearbeitern als Organisationsform fortzusetzen. Mit drei Zierel der abgegebenen Stimmen wurde beschlossen, die Einführung von Betriebsräten als Weiteinrichtung der überall als für die Arbeiter nützlich anerkannter Vertrauensmännereinrichtung zu fordern. Mit der gleichen Mehrheit wurde ein Antrag angenommen, der dem Vorsitzenden J. S. Hansen für seine Arbeit volle Anerkennung zollt. Er wurde dann auch einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt, ebenso der Hauptkassierer A. Johansen. Nach längerer Aus-sprache wurde erstmalig ein stellvertretender Vorsitzender (Kollege Snerbøl) gewählt. Diese Wahl entsprach sicherlich der Wicht des Vorsitzenden Hansen, der schon längere Zeit leidend war und infolge dessen auch zeitweilig dem Kongress fernbleiben mußte. Niemand aber hätte gedacht, daß dieser geachtete und beliebte Führer der dänischen Metallarbeiter schon wenige Tage nach dem Kongress nicht mehr unter den Lebenden weilen würde. In der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung wurde ihm bereits ein Nachruf gewidmet.

### Kein Ehrenmal sondern ein Mittagsmahl!

Die sogenannten nationalen Vereine wollen die Toten des Weltkrieges ehren, indem sie ein Reichsehrenmal errichten. Über den besten Ort für das Mal ist ein heftiger Streit ausgebrochen. Soll es nach Berlin oder nach Weimar oder auf die Rheininsel bei Barch oder sonstwohin? Dazu besteht auch noch keine Einigung, wie das Mal beschaffen sein soll. Jedenfalls muß es würdig, kolossal, pyramidal sein. Folglich reißt viel Zement, Kies und Blech. Drum herum selbstverständlich mächtige Stufen zum Hinein- und Hinaussteigen, dazu viele Treppen der „glorreichen“ Vergänglichkeit mit Radelbüchsen und sonstigen wilhelminischen Humbug. Wenn die „nationalen“ Verbände und die Behörden den Steinhaufen errichtet haben, dann oder dahinter stehende Neben mit Bewandlungsarbeiten halten und bunte Laternen hängen lassen, dann haben sie doch die Kriegsoffer geehrt, ihre unsterbliche Pflicht vollumfänglich erfüllt — und man braucht sich nicht mehr um die Lebenden Kriegsoffer, um die Witwen und die Waisen und die Kinder der Gefallenen zu kümmern. Viele von den alten Soldaten benötigen eine Erholungsstätte, ein wohlilliches Obdach, ein paar Gesunden mehr Geld und eine regelmäßige Mahlzeit. Wir meinen, wenn man würdig die Opfer des Weltkrieges ehren will, dann kann es nicht wichtiger gegeben, als sich der Lebenden Opfer anzuschauen. Die toten Krieger brauchen keinen Stein, und die Lebenden brauchen statt des Steins Brot. Nicht den Toten ein Ehrenmal, sondern den Lebenden ein Mittagsmahl, dazu Feine für die kranken Krieger und bessere Wohnung für die Witwen und Waisen. Das heißt uns eine würdige Ehre der Kriegsoffer, als ein kolossales Steinhaufen mit Festtagen, Biergelagen, feierlichen Festmahlen und Schlichtungsarbeiten und Tambara. Aber dazu sind die „nationalen“ Verbände und die ihnen feindlichen Verbände offenbar nicht zu haben. Sie wollen ein Ehrenmal für die Toten, keine Mahlzeit für die Lebenden. Sie wollen Laster. Die Sozialisten mit den Witwen und Waisen sollen sehen, wo sie stehen. Das ist deutschnationale Art.

Die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände in England. Im Monat Juni hat der Arbeitgeberverband seine Verhandlungen vor allem im Augen-blick geübt: die Einfuhr fiel trotz der sehr erhöhten Rohstoff-einfuhr am 12. u. 13. gegenüber Juni des vergangenen Jahres, die Einfuhr am 15. u. 16. Der Niedriggang der Einfuhr ist in erster Linie auf die verminderte Lebens- und Genussmitteleinfuhr zurückzuführen. Sowie der ungenutzten Arbeitslosigkeit ist die allgemeine Verbrauchs-lage entsprechend zurückgegangen. Als Folge des Streiks ist die Hoheisenherzeugung vollkommen stillgelegt und zum größten Teil auch die Stahlherzeugung. Dagegen kann die Maschinen- und Schiffbauindustrie mit eingesparter Kapazität weiter arbeiten, so lange ihr Eisen und Stahl aus den englischen Vorräten geliefert werden kann. Nebenbei aber auch diese Industrie auf die Einfuhr ihrer Fertig-lagen Rohstoffe angewiesen sein, so können sie die Produktion nur in sehr beschränktem Maße weiterführen. Die Textilindustrie konnte ihre Kapazität entsprechend erhalten. Doch leidet sie außerordentlich unter dem Niedriggang der englischen Konsumkraft.

### Völkische Ertüchtiger

Zwischen dem Braunschweiger Stahlhelm, eine Organisation für nationale Ertüchtigung, und seiner Bundesleitung ist ein böser Konflikt ausgebrochen wegen dem Landesverbandsführer Uhlentaut. Dieser spielte sich in Braunschweig als zu eine Art Diktator auf. Nun will er von seinen eigenen Leuten in einer Anklageschrift mit 47 Punkten sein Sündenregister aufgezogen. Es wird ihm neben anderem vorgeworfen seinen Führerposten zu persönlichen finanziellen Vorteilen mißbraucht sich als Geschäftsführer der Stahlhelm-Wohnungsbaugenossenschaft selbst Aufträge erteilt, sich trotz Weigerung der Anweisung einen Schaden von 6000 M. ausgestellt zu haben und daß in der Kasse 4000 Emmchen fehlen. Da die Magdeburger Bundesleitung trotz aller Beschwerden gegen den Uhlentaut nicht vorgegangen ist, ist es zum Strach gekommen Prozesse zwischen den beiden Seiten der Ertüchtiger sind anhängig gemacht.

Laut Mitteilung der Frk. Ztg. wurde der 36jährige Wanderredner der Völkischen, Richard Weise, ein Freiseur aus Dresden, in Wittenburg (Mecklenburg) zu 6 Monaten wegen Zechprellerei verurteilt. Er hatte in Wittenburg mit seiner „Frau Gemahlin“ Zechprellerei verübt. Dieser völkische Erneuerer war 1mal vorbehaftet, und zwar wegen Betrugs, Erpressung und Diebstahl. Seine „Frau Gemahlin“ war ein völkisch begeistertes 16jähriges Mädchen.

### Schriftenschau

Die moderne Industriearbeiterbewegung. Von Prof. Dr. Robert Wilbrandt. Eine Einführung in die Grundfragen der Sozialreform. (VIII und 213 Seiten.) Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Zuh. Fran. Mittelbach), Stuttgart. Brosch. 4,50 M., ganz in Leinen geb. 6 M. — Wichtige Sozialpolitik und vernünftige Sozialreform bedeuten die Lösung der sozialen Frage: so behandelt das neue Werk des bekannten Volkswirtschaftlers eine der brennendsten Fragen der Zeit. Wortreich und prägnant, das Werk allgemeinverständlich und mit geistigem Schwung geschrieben ist. Es setzt nichts voraus und wendet sich an jedermann. Der Klassenkampf und Klassenlage“ überschriebene Hauptteil schildert die Industriearbeiterbewegung in ihrem Kampf mit dem Kapital, die Stellungnahme zum Klassenkampf, die Kampfmethoden, die Wälderung des Kampfes und die Wurzeln der Gegensätze. In tiefgründiger Darstellung wendet sich das Werk dann der Industriearbeiterbewegung in ihrer Abhängigkeit vom Kapital zu, der Arbeit unter der Herrschaft des Kapitals, dem Arbeiterlohn, dem Arbeiterwohlstand usw. Zum Schluß werden die Grenzen und Möglichkeiten der sozialen Reform sorgfältig erörtert. Allen, die im wirtschaftlichen und politischen Leben stehen, ist das neue Werk Wilbrandts eine treffliche Einführung in die wichtigsten Gegenwärtigen der Sozialpolitik.

Die vereinigten Staaten von Europa. Von Vladimir Bogdanov. Verlag J. S. W. Diez Nachf., G. m. b. H., Berlin. 186 Seiten. Kart. 4 M. — Ausgehend von der Entthronung Europas durch den Weltkrieg, von dem Vergleich der Vor- und der Nachkriegszeit, gibt Bogdanov das anschaulichste Bild der augenblicklichen Wirtschaftslage, das wir bisher besitzen. Diese sprechenden Zahlen in ihrer zwingenden Anreihung und knappen Darstellung durch den geborenen Statistiker verblüffen auch den Wissenden. „Die Sadgasse der Nachkriegszeit“ wird offenbar, die Entwicklung der Arbeiterbewegung nach dem Kriege wird in Zahlen dargelegt. Und auf der Suche nach einem Ausweg werden nun die Möglichkeiten einer Zollunion, einer wirtschaftlichen Vereinigung der Staaten Europas erörtert.

Die deutsche Sozialversicherung in heutiger Gestalt. Von Dr. R. Klee. Band 22 der Schriftenreihe zur Aufklärung und Weiterbildung. Herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Berlin S O 33, Schleifische Straße 42.

Eigentum neben Monopolpatent! Von Dr. L. Gottsch, Patentanwalt in Berlin. Preis 2 M. Verlag Karl Seymann, Berlin S 8, Rauerstr. 44.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 1. August ist der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. August 1926 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I.	II.	III.	IV.	
Schlafen	30	20	—	—	32.-48. W.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Der Vorstand ist von jetzt ab nur unter folgenden Telefonnummern anzurufen: S.-A. 62841, S.-A. 62842, S.-A. 63990.

Während der Dauer des Verbandstages vom 2. August ab sind für den Vorstand bestimmte Sendungen, soweit sie nicht An-gelegenheiten des Verbandstages betreffen, nach Stuttgart zu richten. Bei Sendungen an die Delegierten während des Verbandstages genügt neben dem Namen die Anschrift: Bremen, Zentralhallen, Telefontarif: Amt Roland 5841, 5842, 5843.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungen Stellen besetzen. Das Auf-suchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Gestohlen wurde: Mitgliedsbuch Nr. 4779257, lautend auf den Metallarbeiter Carl Groß, geb. am 7. Mai 1898 zu Klein-Bernsdorf. (Brandenburg). Stuttgart, Rätestraße 16. Der Verbandsverstand.

### Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Metallarbeitern aller Branchen nach Göttingen (Alu-miniumwerk Albrecht) St.; nach Reuß (Schiffswerft Düsseldorf-Reuß, G. m. b. H.) D.; nach Ratibor L.; nach Reichs-tage in Rumänien D.; von Metallarbeitern nach Goswig bei Meissen (Aluminiumwerk Ambo) D.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streik in St.; St. = Streit; R. = Parteigebung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Aufträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Orts-verbänden über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der be-treffende Ort nicht in der Zeitung gelistet ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Schriftstück zugeht, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

### Verbandsanzeigen

Reuß (Ober). Zum Geschäftsführer wurde der Kollege Rudolf Schütz, Reuß, gewählt. Allen Bewerbern sei gedankt.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rätestraße 16